

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 64 (1970)  
**Heft:** 6

**Artikel:** Auswege aus der Krise?  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-141769>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 02.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Interessen Amerikas wenig zu tun hat? Was soll man erwidern, wenn man uns fragt, ob es nicht besser wäre, Rede- und Pressefreiheit, die eine offene Diskussion sichern, hochzuhalten und damit die Möglichkeit, die Nation vor einem katastrophalen Niedergang zu bewahren? *Die Freiheit einschränken, um sie zu beschützen, ist der Slogan aller Totalitären, seien sie nun Kommunisten oder Antikommunisten.*

Wenn Nixon und Agnew mehr und mehr dazu neigen, eine freie Presse als Zuflucht der «Gegner des Vaterlandes» zu betrachten, und mehr und mehr auch McCarthysche Methoden zu empfehlen, so stossen sie heute auf Widerstand selbst bei einstigen Verteidigern ihres Kurses. Ein Roger Hilsman, vom «New Leader», einer äusserst konservativen Publikation, erklärt heute, «Nixons Vietnamisierungspolitik heisse den Krieg fortführen wollen, statt ihn zu beenden». I. F. Stones Weekly, aus dem wir hier zitieren, war anfangs der fünfziger Jahre eine auffällige Ausnahme vom Chor der Autoritätsgläubigen; heute findet er sich im trauten Verein mit Blättern des Luce Dynastie, das heisst der extremen Rechten. Warren Burger, der konservative Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes der USA-, den Nixon zu Anfang seiner Präsidentschaft ernannte, ergriff am 19. Mai vor der amerikanischen Anwaltskammer die Gelegenheit, sich von der Geisteshaltung jener zu distanzieren, die «zuschlagen», die die Nonkonformisten «zusammenhauen» und eine «eiserne Disziplin wiederherstellen» wollen. Warren Burger erklärte nämlich: «In Zeiten der Bedrängnis gibt es immer wieder Stimmen, die verlangen, dass wir grundlegende Rechtsgarantien ‚vorübergehend aufheben‘ und ein gekürztes Recht adoptieren, zu unserem Schutz. Das ist jedoch nicht unsere Art, vorzugehen, ausser in Fällen grosser nationaler Notlage.» Was scheint sich wohl in Washington anzubahnen, das diese Warnung provozierte? (Aus I. F. Stones Weekly, 1. 6. 1970. Red.)

## Auswege aus der Krise?

Noch zeigt sich in den USA keine Aussicht auf einen Frieden in Vietnam. Nixon hält beruhigende Reden, doch schwindet das Vertrauen in seine Zusicherungen mit jeder Ansprache, die er «an sein Volk» richtet. Protestmärsche, denen gegenüber der Präsident auf die Zustimmung seiner «schweigenden Mehrheit» sich beruft, scheinen jeder Wirkung bar zu sein. Spürbar für jeden Beobachter ist nur, dass der Zerfall der amerikanischen Nation in zwei feindliche Lager Fortschritte macht und in einer Katastrophe, in einem Bürgerkrieg enden kann.

Es gilt darum aus dieser gefährlichen Sackgasse herauszukommen. Kongresswahlen, bei denen im kommenden Herbst die Hälfte der Abgeordneten (vgl. Nationalräte) und ein Drittel der Senatoren (Ständeräte) gewählt werden, geniessen nicht das Vertrauen der jungen Generation, da nach ihrer Auffassung zu viele Kongressmitglieder, einmal gewählt, die Politik ihren persönlichen Zwecken dienstbar machen. Es ist besonders die Abgeordneten-

kammer, die sich bis vor kurzem nicht zu einer tatkräftigen Opposition gegen Nixons Kriegspolitik aufschwingen konnte. Um diesen Herbst die Wahl zu vieler Anhänger Nixons zu verhindern, setzten sich junge Amerikaner – denn um die junge Generation handelt es sich in erster Linie – für einen neuen Kongress ein. (Siehe «Zürichsee-Zeitung», 28. Mai 1970.) Der neue Kreuzzug für den Frieden nimmt seinen Ausgang von der berühmten Universität von Princeton, die sich bis anhin von den Studentenunruhen ferngehalten hatte. Die neue Organisation will im Prinzip das parlamentarische Verhalten der Abgeordneten beider Kammern durchleuchten, natürlich in erster Linie, wie sie sich bei wichtigen Abstimmungen ihrer parlamentarischen Vergangenheit verhielten, was sich für jedes Mitglied mittels Computern feststellen lässt. Laut «Zürichsee-Zeitung» benutzen die Studenten mit ihren professoralen Helfern überhaupt die modernsten technischen Hilfsmittel. Natürlich ist ihr Einsatz nicht isoliert, sie stehen mit 389 andern Universitäten in Kontakt. Ein Ausschuss aller Teilnehmer an diesem «Friedenskreuzzug» bestimmt, welche kritischen Voraussetzungen ein Wahlkandidat erfüllen muss, damit er von den Studenten unterstützt werden kann.

Es ist nicht anzunehmen, dass dieser erste Versuch, mit modernen Hilfsmitteln einen unabhängiger urteilenden Kongress zu gewinnen, schon nächsten Herbst Erfolg haben wird. Es ist aber schon viel gewonnen, wenn angesichts der Machtstellung des amerikanischen Präsidenten, die lähmende Resignation der fortschrittlichen Kräfte des Landes überwunden wird.

Ein ähnlich gelagerter Fall, der an anderer Stelle dieser Ausgabe zur Sprache kommt, nämlich das Bestreben, der Verwüstung der Lebenssphäre der Amerikaner Einhalt zu gebieten, gibt ebenfalls zu einem interessanten Versuch Anlass. (Siehe «SCIENCE» vom 24. April 1970.) Es handelt sich um nichts Geringeres, als Einfluss zu nehmen auf das Geschäftsgebaren einer der grössten Korporationen Amerikas, des in allen Erdteilen bekannten Riesenunternehmens «General Motors» (1969: 794 000 Angestellte, 24 Milliarden Dollar Einkünfte). «Wenn man von Gewalt redet, soll man nicht die Black Panthers anführen, sondern General Motors. Die Verbrechen der Korporationen lassen jede Spur von Gesetz und Ordnung vermissen.» Dies ist ein Ausspruch von *Ralph Nader*, dem Hauptverantwortlichen für die Kampagne, die gegenwärtig in Amerika geführt wird, um den Riesenkonzern zu zwingen, sich für sein Geschäftsgebaren der Öffentlichkeit gegenüber zu verantworten. Bis jetzt ist, nach Nader, weniger bekannt über die Art, wie diese Riesenkorporationen operieren, als über die amerikanische Geheimpolizei, die FBI und die CIA.

Was wirft man General Motors als Vertreter der Wirtschaftsgiganten vor? Verwüstung der Lebenssphäre, der Gewässer, der Luft und des Bodens, Technologien, die beide, Konsumenten und Produzenten schädigen, eine ungeheure Verschleuderung von Verbrauchsgütern, einen molochartigen Raubbau an Ressourcen, die bei vernünftiger Organisation viel weiteren Kreisen der Bevölkerung zugute kämen.

Amerika kann, nach Nader, diese Beraubung durch die Korporationen

dulden oder die Business-Giganten zwingen, das Profitdenken mit den Bedürfnissen einer menschlicheren Gesellschaft und einer sauberen und gesunden Lebenssphäre in Einklang zu bringen.

Ein Anfang dazu wurde bei den General Motors dank der scharfen Kritik Naders, aber auch infolge neuer Sicherheits- und Antipollution-Vorschriften bereits gemacht, indem von General Motors bessere Autos produziert werden. Doch nach Nader hat dieser Fortschritt noch lange nicht das Tempo erreicht, das wünschbar und möglich wäre.

Die Massnahmen, die die General-Motors-Kampagne vorsieht, um ihr Ziel zu erreichen, sind erstens die Wahl von drei Vertretern der Öffentlichkeit, die im Verwaltungsrat der General Motors Einsitz zu nehmen hätten. In zweiter Linie verlangt die Kampagne, dass ein Aktionärausschuss für die Verantwortung der Korporation gegenüber der Öffentlichkeit geschaffen werde. Dieser Ausschuss, der der Aktionärversammlung 1971 seinen Tätigkeitsbericht vorzulegen hätte, würde beauftragt werden, die Geschäftspraxis der General Motors zu prüfen – in bezug auf Luftverschmutzung, Strassenunfälle, Diskriminierung der Farbigen und den schwer zu erklärenden Mangel eines Massentransportsystems zu billigen Tarifen. Der vorgesehene Ausschuss für Korporationsverantwortung hätte 15 bis 25 Mitglieder und würde sich zusammensetzen aus Vertretern des Managements, der Gewerkschaft der Autoarbeiter, aus Vertretern von Angehörigen von Naturschutzgruppen, Konsumenten, wissenschaftlichen und akademischen Verbänden, Rechtsschutzorganisationen, Kleinaktionären sowie religiösen und gemeinnützigen Organisationen. Die Mitglieder des Ausschusses würden gewählt von einer Dreierkommission, bestehend aus je einem Mitglied des Verwaltungsrates der General Motors, der Autoarbeitergewerkschaft und der General-Motors-Kampagne.

Der Verwaltungsrat hatte zunächst alle Postulate der General-Motors-Kampagne abgelehnt, sah sich dann aber auf Verlangen einer internen Kommission der General Motors veranlasst, den Aktionären eine Erweiterung des Verwaltungsrates der Gesellschaft und die Ernennung eines Ausschusses für Korporationsverantwortung vorzuschlagen. Eine Minderheit von Persönlichkeiten aus der Führung von Korporationen, unter ihnen solche der General Motors, haben nämlich in den letzten Jahren oft betont, dass ihre Gesellschaften nicht nur gewinnbringend, sondern auch, von sozialen Standpunkten aus gesehen, weniger offen für Angriffe sein sollten.

Wie kann die Kampagne auf die Führung der General Motors Einfluss nehmen? Ende 1969 wiesen sich die General Motors über 285 694 000 Aktien aus, die im Besitze von 1 363 000 Aktionären waren. Von den letzteren hatten 79 Prozent 100 oder weniger Aktien. Theoretisch liegt die Entscheidung über die Geschäftsführung bei den Aktionären, doch angesichts der riesigen Streuung des Aktienbesitzes geht die Leitung der Geschäftstätigkeit praktisch an den Verwaltungsrat der Gesellschaft über, was auch in der Schweiz eine bekannte Erscheinung ist.

Nun haben alle amerikanischen Universitäten, auf deren Unterstützung die General-Motors-Kampagne in starkem Masse zählt, GM-Aktien in

ihrem Wertschriften-Portfolio. Allerdings machen sie im gesamten nicht einmal 1 Prozent des GM-Aktienkapitals aus. Es hat darum für die Kampagne keinen Zweck, diese gar nicht in Betracht fallende Minderheit gegen die Leitung der General Motors auszuspielen. Andererseits sind 12 Prozent der Aktien der General Motors im Besitz von öffentlichen Institutionen, wie Verwaltungen, kirchlichen Organisationen, Pensions-Anlagefonds, Versicherungsgesellschaften. Gesamthaft gesehen, ist der Aktienbesitz dieser unpersönlichen Inhaber von bedeutendem Einfluss auf die Marktgestaltung der GM-Aktien. Sollten sie ihre GM-Aktien verkaufen, so könnten sie die Führung der Gesellschaft in Verlegenheit bringen.

Worauf die General-Motors-Kampagne zählt, ist dies: Durch das Zugeständnis des Ausschusses für Korporationsverantwortung sehen sich die Universitäten gedrängt oder gezwungen, ihre Zustimmung zur General-Motors-Kampagne zu geben, angesichts der Forderung eines grossen Teils der akademischen Jugend nach Korporationsreform. Ob zu Recht oder nicht, werden grosse Korporationen von der rebellierenden jungen Generation mit dem Pentagon identifiziert und damit mit dem Vietnamkrieg. Dow Chemicals mit ihrem Napalm-Kontrakt (den sie anscheinend nicht mehr hat) ist für die Studenten eine weitere symbolische Zielscheibe. Wenn die Universitäten die Idee der Korporationsverantwortung aufnehmen, so ist bei ihrer Verbindung mit Institutionen und ihrem sozialen und intellektuellen Einfluss für eine Umgestaltung der Korporationen und deren Geschäftsgebarung mehr getan als durch Druck von aussen oder durch blosser Protestdemonstrationen. Dies ist die Auffassung der General-Motors-Kampagne.

Wenn grössere Institutionen das Konzept der Korporationsverantwortung akzeptieren, so stellt sich für sie die Frage: Wie soll man feststellen, welche der Gesellschaften, in die sie investieren, sich sozial einwandfrei verhalten. Eine Art Index (der nun von der Stanford Business School tatsächlich aufgestellt wird) ist offensichtlich notwendig, der Auskunft gibt über die Einstellung der Korporation oder Firma zum Problem der Pollutionskontrolle zum Beispiel, oder zur Verwendung des Terrains, zur Sicherheit des fabrizierten Produktes (Auto), Anstellung von Andersrassigen, Zusammensetzung des Verwaltungsrates usw.

Die General-Motors-Kampagne beruht auf der These, dass die Geldanlage in einer Erwerbsgesellschaft keine moralisch neutrale Handlung darstellt und dass der Anleger seinen Einfluss als Aktionär, das heisst Teilhaber der Firma im Interesse einer moralisch sauberen Geschäftsgebarung geltend machen sollte. Als Begleiterscheinung stellt die General-Motors-Kompagne fest, dass die Universitäten als Institutionen nie erhaben sein konnten über die Spannungen, die sozialen Kämpfe und die Schädigung der Lebenssphäre, die mit der Geschäftsführung der Korporationen zusammenhängt. Die General-Motors-Kompagne will diese Universitäten nun dazu bringen, als Aktionäre ihren eindeutigen Kommentar abzugeben über die sozialen Auswirkungen ihrer Investitionen. Sie sollen mit anderen Worten ihr Gewissen dort einsetzen, wo ihr Geld angelegt ist!

Vorstehende Ausführungen zeigen, wie in Amerika unter sehr schwierigen Bedingungen versucht wird, einen Ausweg aus Krisen der heutigen Lage zu finden. Das Vorgehen der General-Motors-Kampagne mag politischen Praktikern hierzulande etwas wirklichkeitsfremd vorkommen. *Zuzugeben ist, dass ihre Überlegungen wie ihre Methoden noch vor zehn Jahren in den USA undenkbar gewesen wären. Doch heute ist das Bewusstsein der amerikanischen Öffentlichkeit durch den Krieg in Vietnam und durch tragische Entwicklungen innerhalb der Nation so aufgewühlt, dass man der General-Motors-Kampagne eine Chance nicht absprechen kann, um so mehr, als für die Bewegung eine so überragende Persönlichkeit wie Ralph Nader sich einsetzt.*

(Aus «Science», 24. April 1970)

## H-Bomben in Heimarbeit

Ein Dreierabkommen zwischen England, Holland und Deutschland rückt die Herstellung von Nuklearbomben in den Bereich der Politik auch kleinerer Mächte.

Der Abschluss dieses Abkommens wurde dem House of Commons bekanntgegeben am letzten Tage vor der Weihnachtspause, an dem Tage also, an dem am wenigsten eine störende Erörterung darüber zu befürchten war. Im Parlament wurde wenig Aufhebens von der Sache gemacht, und die Presse, mit rühmlicher Ausnahme eines Artikels von *Leonard Beaton* in der «*Times*», schwieg sich darüber aus.

Westdeutschland und Holland sind schon durch den Gemeinsamen Markt verpflichtet, alle nuklearen Informationen, die sie aus irgendeiner Quelle erhalten, den übrigen Mitgliedern bekanntzugeben. Über diese unmittelbare Wahrscheinlichkeit der Verbreitung nuklearen Wissens hinaus mögen nun andere Länder Kenntnis einer neuen Methode erlangen, die den Tag näher rückt, an dem jedes kleine Land Wasserstoffbomben in Heimarbeit fabrizieren kann.

U 235, das spaltbare Uran, muss aus natürlichem Uran gewonnen werden, sei es für Atomkraftwerke, sei es für Atombomben. Das natürliche Uran enthält etwa 0,7 Prozent Uran 235, und der Prozentsatz muss gesteigert werden auf 2,5 Prozent für Kraftwerke und auf 90 Prozent für Bomben.

Zurzeit wird Uran 235 auf eine sehr teure Art hergestellt, durch Gasdiffusion. Das ist ein Monate dauernder Prozess, der riesige Mengen Elektrizität erfordert. Dies hat, neben den enormen Kosten für die Anlage, kleinere Länder bisher gehindert, Atomwaffen zu bauen.

Der neue *Gaszentrifugenprozess* arbeitet mit Maschinen, die 10 000 Umdrehungen in der Minute machen und dabei das schwere U 238 von dem leichteren U 235 trennen.

Während nun aber die Anlagekosten für beide Methoden annähernd gleich sind, braucht die neue Methode nur etwa 10 Prozent der Elektrizität der anderen. Kleinere Staaten könnten leicht die Kosten für ein paar hun-